

DOSSIER

#3 2023 | BEILAGE DES AKTUELL |

OGBL



**Der OGBL lädt sich
in die Wahlkampagne ein**



Leitung

Die Kommunalwahlen liegen kaum hinter uns, da kündigt sich bereits ein weiterer Wahlgang an. Am 11. Oktober werden die luxemburgischen Wähler nämlich erneut an die Urnen gerufen, diesmal, um über die allgemeine politische Ausrichtung des Landes in den nächsten fünf Jahren zu entscheiden. Hierbei handelt es sich natürlich um die Parlamentswahlen. Der Countdown läuft bereits. Die verschiedenen politischen Parteien, die an den Wahlen teilnehmen, sind bereits in den Wahlkampf eingestiegen oder stehen kurz davor.

Die Politik der nächsten Koalition, die aus diesen Wahlen hervorgeht – was sie tun wird und was sie nicht tun wird – wird natürlich, wie immer, unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeitswelt und die Hunderttausenden von Arbeitnehmern und Rentnern in Luxemburg haben, unabhängig davon, ob sie luxemburgische Staatsbürger sind, im Ausland wohnen oder als Grenzgänger arbeiten. Es versteht sich daher von selbst, dass diese Wahlen für die größte Gewerkschaft des Landes von großem Interesse sind.

Aus diesem Grund hat der OGBL beschlossen, sich in diese Wahlkampagne einzubringen, indem er zunächst seine Hauptforderungen, denen wir dieses Dossier des Aktuell widmen, an die verschiedenen politischen Parteien richtet. Die Forderungen des OGBL hinsichtlich dieser Parlamentswahlen decken nicht das gesamte Spektrum der Regierungskompetenzen ab. Sie konzentrieren sich ausschließlich auf die wichtigsten Themen, die die Arbeitnehmer, Rentner und ihre Familien in ihrem Alltag betreffen – also eben den Kompetenzbereich des OGBL.

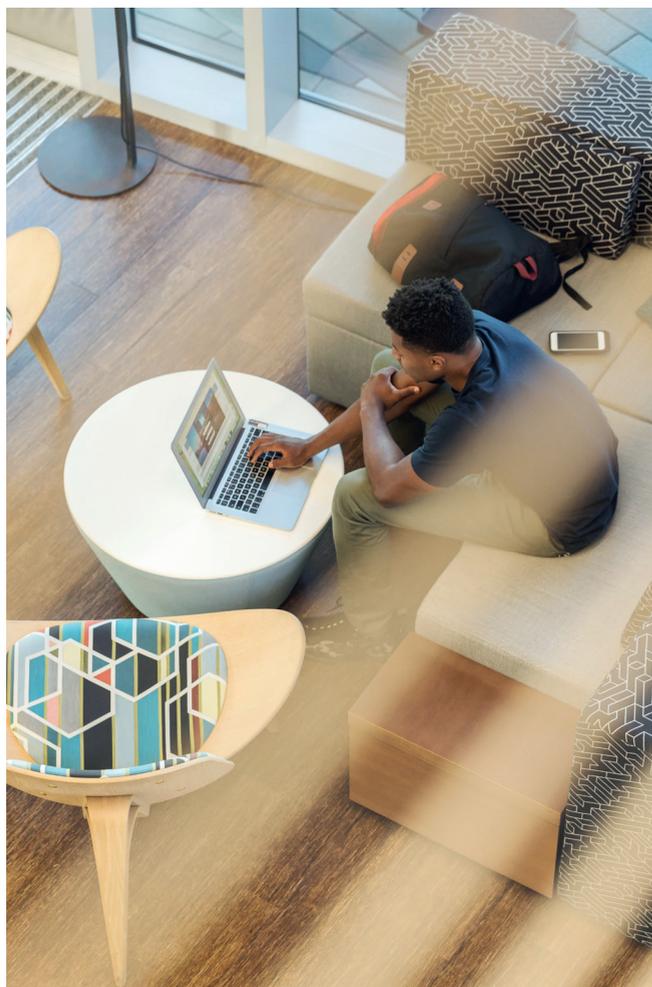
Alle politischen Parteien sind herzlich eingeladen, diesen Forderungskatalog zu übernehmen, und zwar ohne sich zurückzuhalten. Plagiate sind ausnahmsweise sogar ausdrücklich erwünscht.

A bon entendeur...

Inhalt

- 4 Arbeitsrecht
- 6 Berufe von Morgen
- 7 Berufliche Weiterbildung
- 8 Steuer- und Haushaltspolitik
- 9 Bekämpfung der Armut
- 9 Finger weg vom Index
- 10 Soziale Sicherheit
- 11 Gesundheitspolitik
- 12 Wohnen
- 12 Bildung
- 13 Gleichstellung von Frauen und Männern
- 14 Öffentlicher Dienst
- 15 Gewerkschaftsrechte und Sozialdialog

Ein modernes und fortschrittliches Arbeitsrecht



2018 wurde im Koalitionsabkommen angekündigt, dass „wichtige Reformen auf der Ebene der Beschäftigungspolitik und der Kompetenzentwicklung fortgesetzt werden müssen“, und dass das Arbeitsrecht modernisiert werden sollte. Das Abkommen sah vor, dass diese Reformen im Rahmen eines erneuerten und verstärkten Sozialdialogs diskutiert werden sollten.

Trotz diesen Willensbekundungen muss man leider feststellen, dass diesen Ankündigungen keine Taten folgten und nur sehr wenige der angekündigten Reformen umgesetzt wurden.

Es gibt viel zu tun. Der OGBL fordert daher die politischen Parteien auf, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

Reform des Kollektivvertragsgesetzes

Die 2018 angekündigte und versprochene Reform ist immer noch nicht zustande gekommen und dies trotz der europäischen Zielsetzung, die tarifvertragliche Abdeckung der Arbeitnehmer auf 80% zu erhöhen. Der OGBL fordert, dass diese Diskussion in Gang gesetzt wird, um eine bessere Abdeckung der Kollektivverträge zu gewährleisten, indem die Aushandlung von sektoriellen Kollektivverträgen erleichtert und gefördert wird, indem sie im Falle einer Anfrage auf Aufnahme von Verhandlungen seitens der Gewerkschaften obligatorisch gemacht werden.

Um die Abdeckung durch Kollektivverträge zu fördern, muss die Vergabe von öffentlichen Aufträgen sowie der Erhalt staatlicher Beihilfen an die Bedingung geknüpft werden, dass das antragstellende Unternehmen unter einen Kollektivvertrag fällt.

In Bezug auf das Schlichtungsverfahren beim Nationalen Schlichtungsamt müssen die gewerkschaftlichen Mittel erweitert werden, indem ein Recht auf einen Warnstreik eingeführt wird, die Definition des kollektiven Streitfalls überarbeitet wird und das Schlichtungsverfahren angesichts der steigenden Zahl von Anfechtungen durch die Arbeitgeber, die dieses wichtige Instrument des Sozialdialogs gefährden, klarer gefasst und verbessert wird.

Eine Reform der Pläne zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung und der Sozialpläne

Die Gesetzgebung zu den Plänen zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung und zu den Sozialplänen muss verbessert werden, um die Arbeitnehmer zu schützen und den Sozialdialog in solchen Situationen aufzuwerten. Der Plan zum Beschäftigungserhalt muss zu einem obligatorischen Bestandteil aller Gespräche zwischen den Sozialpartnern werden, bevor irgendwelche Gespräche über Sozialpläne geführt werden, die ausschließlich auf einen schnellen und unmenschlichen Abbau von Arbeitsplätzen abzielen.

Die Fristen in diesen verschiedenen Verfahren und die Informationen seitens des Arbeitgebers müssen überprüft werden, um ernsthafte Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern zu gewährleisten. Das Schlichtungsverfahren beim nationalen Schlichtungsamt muss auch im Rahmen von Verhandlungen von Plänen zum Beschäftigungserhalt möglich werden.

Strukturelle Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns

Luxemburg ist führend in Bezug auf das Armutsrisiko trotz Arbeit (Working poor). Um dieser Situation entgegenzuwirken, muss ein Mindestlohn garantiert sein, der es erlaubt, menschenwürdig zu leben. Deshalb fordert der OGBL eine strukturelle Erhöhung des sozialen Mindestlohns um 10%.

Arbeitszeitverkürzung

Seit Jahren fordert der OGBL eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Vor dem Hintergrund der wachsenden Nachfrage der Arbeitnehmer nach einer besseren Harmonisierung von Freizeit und Arbeitszeit, einer Steigerung Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und einer hohen Produktivität, einem Mangel an Arbeitskräften aufgrund der mangelnden Attraktivität der Berufe, ist eine Arbeitszeitverkürzung unumgänglich. Angesichts der Heterogenität der verschiedenen Wirtschaftssektoren muss diese Reduzierung im Rahmen von Kollektivvertragsverhandlungen beschlossen und ihre praktische Umsetzung diskutiert werden.

Recht auf Teilzeitarbeit

Im Hinblick auf eine bessere Harmonisierung von Privat- und Berufsleben sollte das gesetzliche Recht auf Teilzeitarbeit mit garantierter Rückkehr zur Vollzeitarbeit eingeführt werden. Die

genauen Modalitäten könnten im Rahmen von Tarifverhandlungen festgelegt werden.

Stärkung des Arbeitnehmerrechts bei Konkursen

Der Schutz von Arbeitnehmern im Falle eines Konkurses muss verbessert werden. Die Obergrenze für das Superprivileg muss angehoben werden, wobei alle möglichen Mittel eingesetzt werden müssen, um Konkurse zu verhindern, indem die Arbeitnehmervertreter durch eine transparente Informationspflicht stärker einbezogen werden, falls wirtschaftliche Probleme innerhalb des Unternehmens auftreten.

Reglementierung der Plattformarbeit

Die Ausbreitung des Modells der Plattformarbeit stellt ein Risiko für die Arbeits- und Lohnbedingungen von Tausenden von Menschen dar, da es in diesem Bereich keine klaren Regeln gibt, um Missbrauch zu verhindern. Die Plattformarbeiter befinden sich in einem Unterordnungsverhältnis und sind keine Selbstständigen. Der OGBL fordert eine starke Gesetzgebung um die Plattformarbeit einzurahmen und das Phänomen der Scheinselbstständigkeit zu bekämpfen, indem eine Vermutung der Arbeitnehmerschaft vorgesehen wird.

Eine Anpassung der Bestimmungen über die Gesundheit am Arbeitsplatz

Im Rahmen der bedeutenden Veränderungen in der Arbeitswelt und der zunehmenden Risiken für die psychische und physische Gesundheit der Arbeitnehmer ist eine Reform der Arbeitsmedizin erforderlich. Die Entscheidung der Regierung, die Aufsicht über die Arbeitsmedizin vom Gesundheitsministerium auf das Arbeitsministerium zu übertragen, sollte nur der erste Schritt sein, um eine moderne und präventive Arbeitsmedizin zu errichten. Die Schaffung eines einheitlichen arbeitsmedizinischen Dienstes, der die Unternehmen nach Sektoren zusammenfasst und nach einem Tripartitemodell geleitet wird, kann allein einen echten Mehrwert in der Arbeitsmedizin garantieren, um das Wohlergehen und die Gesundheit der Arbeitnehmer zu gewährleisten.

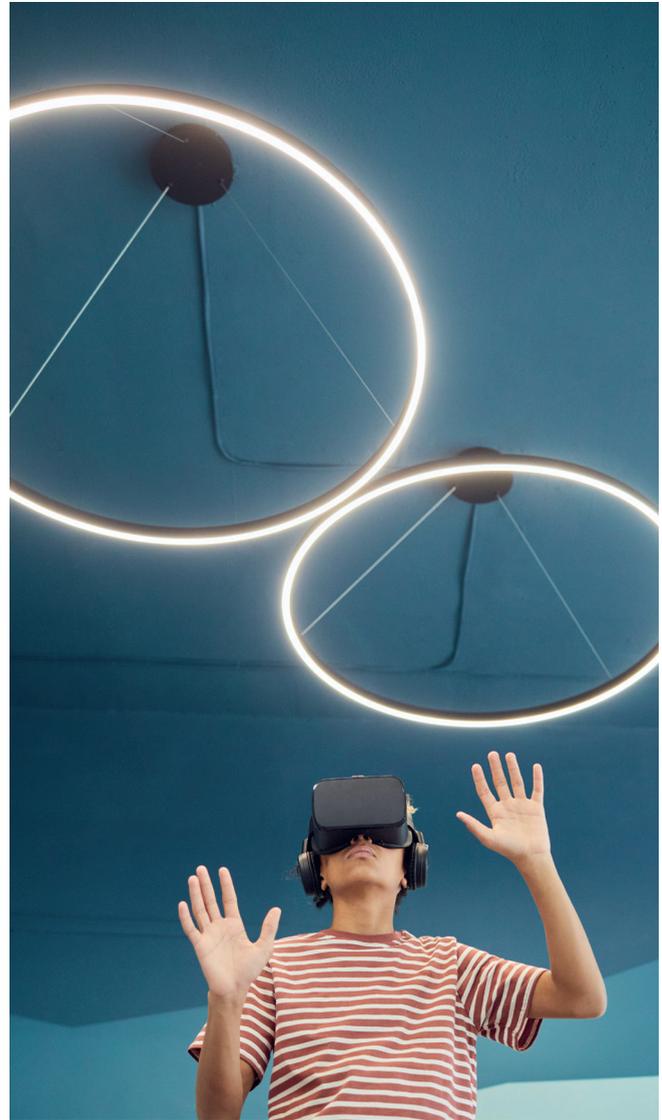
Angesichts der bedeutenden Entwicklung psychosozialer Risiken in der Arbeitswelt muss die Prävention der psychischen Gesundheit der Arbeitnehmer durch die Arbeitsmedizin in den Vordergrund gerückt werden, indem die verschiedenen geltenden Gesetze angepasst werden.

Das Arbeitsrecht muss modernisiert und verstärkt werden, um den Herausforderungen von Morgen gerecht zu werden

Die Arbeitsplätze von morgen werden schon heute erdacht

In einem aufgrund der geopolitischen Lage unsicheren Umfeld und angesichts der großen Herausforderungen, die die Bewältigung des ökologischen und technologischen Übergangs mit sich bringt, hat der OGBL bereits vor dem zunehmenden Fachkräftemangel, den wir erleben, und vor den bestehenden Spannungen auf dem Arbeitsmarkt gewarnt. Letztere werden durch die Existenz unattraktiver, ja sogar prekärer Arbeitsangebote mit niedrigen Löhnen und Arbeitszeiten, die ein soziales Leben verhindern oder eine übertriebene Flexibilität erfordern, verstärkt. In diesem Zusammenhang fordert der OGBL eine ehrgeizige Politik, die gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze von hoher Qualität begünstigt, die einen gerechten Übergang für Alle garantieren. Der OGBL fordert die politischen Parteien in diesem Zusammenhang auf, sich zu verpflichten:

- Arbeitgeber durch Sozialdialog, Kollektivverhandlungen und Arbeitnehmerbeteiligung dazu zu zwingen, in die Attraktivität und Qualität von Arbeitsplätzen zu investieren. Nur wenn wir bessere Löhne und Arbeitsbedingungen anbieten, die den neuen Lebensweisen entsprechen, können wir die verschiedenen Krisen bewältigen und den Aufschwung unterstützen;
- Entwicklung von Strategien für die Entwicklung der Kompetenzen auf nationaler, sektoraler und Unternehmensebene unter Einbeziehung der Gewerkschaften und ihrer Personalvertreter, inklusive der Gestaltung und Umsetzung von Programmen für lebenslanges Lernen;
- Unterstützung der Entwicklung neuer, sauberer und innovativer Wirtschaftsaktivitäten, um ein integratives Wirtschaftswachstum durch die Schaffung, Umwandlung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze zu fördern. Dies erfordert auch die Reindustrialisierung des Landes, um die strategische Autonomie zu fördern, die durch die verschiedenen Krisen untergraben wurde;
- Gewährleistung einer menschlichen Kontrolle von Entscheidungen durch Stärkung der Lohnbeteiligung und der Rolle von Kollektivverhandlungen bei der Bewältigung des technologischen Wandels und des Einsatzes künstlicher Intelligenz, um nachhaltige und hochwertige Arbeitsplätze zu sichern;
- Festlegung von Bedingungen und Sozialklauseln, die alle



staatlichen Beihilfen, Steueranreize und die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Verpflichtung zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, zur Achtung von Kollektivverhandlungen und Gewerkschaftsrechten sowie zur Achtung der Menschen- und Umweltrechte knüpfen. Es muss Schluss sein mit Blankoschecks, die Unternehmen ohne Gegenleistung ausgestellt werden;

- Einführung einer Sorgfaltspflicht, die die Einhaltung der Menschenrechte, der Arbeitsnormen sowie der Umweltvereinbarungen in der gesamten Wertschöpfungskette der Unternehmen berücksichtigt, um die Unternehmen zu verpflichten, Risiken zu erkennen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um diese zu beheben;
- Sicherstellen, dass die Sozialschutzsysteme und die Beschäftigungspolitik so gestaltet sind, dass sie den Übergang zwischen Arbeitsplätzen, auch zwischen Sektoren, erleichtern, indem sie angemessene Bedingungen, Einkommenssicherheit und eine qualitativ hochwertige Berufsberatung bieten.

Die berufliche Weiterbildung: Ein Schlüsselement in einer Welt im Wandel

In Bezug auf die Entwicklung von Kompetenzen muss man feststellen, dass eine echte Reform der Berufsausbildung noch immer nicht zustande gekommen ist. Der Ständige Ausschuss für Arbeit und Beschäftigung (CPTÉ) wurde einberufen, um eine Initiative namens „Skillsplang“ zu begleiten, bei der es sich lediglich um ein Pilotprojekt handelt, das keinen wirklichen Mehrwert für die Arbeitnehmer hat. Der OGBL fordert, dass sich die Parteien im Bereich der beruflichen Weiterbildung für folgende Punkte engagieren:

- so schnell wie möglich ein echtes Recht auf Weiterbildung einführen. Dieses Recht muss jedem Arbeitnehmer die Möglichkeit geben, an qualifizierenden und validierenden Weiterbildungen teilzunehmen, die den Veränderungen Rechnung tragen, die die Berufe in einem durch den ökologischen Wandel und die technologischen Veränderungen geprägten Umfeld durchlaufen;
- die Einrichtung eines nationalen Rates zur Überwachung und Bewertung der beruflichen Weiterbildung mit Tripartite-Charakter, um eine qualitativ hochwertige berufliche Weiterbildung und eine transparente Finanzierung zu gewährleisten;
- die Einrichtung eines nationalen Registers für berufliche Weiterbildung, das ein objektives Bild von den Erfordernissen und Ergebnissen einer koordinierten nationalen Politik der beruflichen Weiterbildung zeichnet;
- die Einführung einer Verpflichtung für jeden Arbeitgeber, in seinem Unternehmen ein Sozialaudit zu erstellen, um einen genauen Überblick über die Lohnstruktur sowie die vorhandenen und benötigten Kompetenzen zu erhalten und so die notwendigen Maßnahmen im Bereich der beruflichen Weiterbildung zu planen. Wenn dieses Audit Hinweise auf eine negative Beschäftigungsentwicklung ergibt, müssen die Sozialpartner Maßnahmen im Rahmen eines Plans zum Beschäftigungserhalt festlegen;
- eine Reform des individuellen Bildungsurlaubs, die für jeden Arbeitnehmer ein Recht auf individuellen Bildungsurlaub einführt. Dieses Recht sollte zehn personengebundene Bildungstage pro Jahr vorsehen. Eine solche Reform hätte vor allem den Vorteil, dass die Berufsausbildung attraktiver würde;
- die Schaffung von Professionalisierungsperioden im Betrieb während der regulären Arbeitszeit des Arbeitnehmers;
- eine Erleichterung sowie eine Anpassung der Validierung früherer Lernerfahrungen (VAE), um die Anerkennung der erworbenen Kompetenzen zu vereinfachen;
- eine Überprüfung der Finanzierung der beruflichen Weiterbildung, bei der Arbeitgeber stärker zur Kasse gebeten werden, die keine Anstrengungen im Bereich der beruflichen Weiterbildung unternehmen oder keine Ausbildungsplätze vorsehen.



Gerechte Steuern für eine ehrgeizige Haushaltspolitik

Um Steuergerechtigkeit in Luxemburg herzustellen und die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft zu verringern, sowie um einen finanziell starken Staat zu gewährleisten, der in der Lage ist, eine ehrgeizige Haushalts- und Sozialpolitik zu verwirklichen, die unser Land auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet, fordert der OGBL von den politischen Parteien ein konkretes Engagement:

- für eine automatische Anpassung der Steuertabelle für natürliche Personen an die Inflation, um so dem Phänomen der „kalten Progression“, d.h. einer höheren Besteuerung bei Erfallen einer Indexranche, und somit dem „Nettoindexklau“ entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang ist außerdem eine weitere Anpassung der Tabelle in der Größenordnung von 5,5 Indexstufen erforderlich, um eine vollständige Anpassung der Erhöhungen seit 2017 zu gewährleisten;
- für eine sozialere Gestaltung der Steuertabelle, einschließlich einer Steuerbefreiung des sozialen Mindestlohns (vor Anwendung von Steuerkrediten), einer Abflachung des „Mittelstandsbockels“ durch eine Ausweitung der Steuerstufen und eine Verschiebung der Progressivität hin zu höheren Einkommen sowie die Einführung höherer Grenzsteuersätze für sehr hohe Einkommen;
- eine regelmäßige Anpassung der Schwellenwerte und der Beträge der verschiedenen Steuerkredite an die Inflation. Ohne eine solche Anpassung verlieren die Steuerkredite an realem Wert und die Zahl der Begünstigten sinkt im Laufe der Jahre;
- für eine Anpassung der Beträge für die verschiedenen Möglichkeiten von Steuerabschlägen: Versicherungsprämien, Anfahrtskosten, Beschaffungskosten, Sonderausgaben etc. Diese Beträge wurden seit über 20 Jahren nicht mehr angepasst, was zu einer Erhöhung der Steuerbelastung führt;
- eine konsequentere Besteuerung von Kapitaleinkommen, die derzeit im Vergleich zu Löhnen und Gehältern oder Altersrenten stark begünstigt werden. So müssen unter anderem Dividenden und Veräußerungsgewinne auf Finanzanlagen voll besteuert und die zusätzliche Steuerbefreiung von 1.500 Euro (Steuerklasse 1) auf Kapitaleinkommen abgeschafft werden;
- für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für natürliche Personen („Reichtumssteuer“). Es ist nicht akzeptabel und ungerrecht, dass sich große Vermögen nicht an der Finanzierung von Aufgaben beteiligen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen;
- für die Einführung einer Erbschaftssteuer in direkter Linie mit einer progressiven Steuer und einem indexierten Freibetrag (Freibetrag bis zu 2 Millionen Euro sowie für das vom Eigentümer selbst genutzte Haus);
- für eine Politik, welche internationale Initiativen zur Bekämpfung der Steuerflucht von multinationalen Konzernen unterstützt, sich gegen eine zusätzliche Absetzung der Steuersätze auf Unternehmenseinkommen sowie für eine Analyse des Impakts der vergangenen Steuersenkungen auf die öffentlichen Einnahmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und neuen Unternehmen einsetzt;
- für eine ehrgeizige Investitionspolitik, um das Land auf den digitalen, sozialen und ökologischen Wandel vorzubereiten, und um den Zugang aller Bürger zu Dienstleistungen und Gütern in den Bereichen Bildung, Weiterbildung, Gesundheitsversorgung, Forschung, öffentlicher Verkehr, Energie usw. zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang muss sich auf europäischer Ebene für Haushaltsregeln eingesetzt werden, die diesen Herausforderungen besser gerecht werden, insbesondere durch die Herausnahme von Investitionsausgaben aus der Berechnung des Haushaltsdefizits im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit („goldene Regel für die öffentlichen Finanzen“);
- für eine Revision bei der Steuerklasse 1a um die bestehenden Ungerechtigkeiten abzuschaffen, die vor allem alleinerziehende Eltern sowie Witwen und Witwer betreffen.



Armut kann man bekämpfen!

Die aufeinanderfolgenden Ausgaben des von der Arbeitnehmerkammer veröffentlichten Sozialpanoramas zeigen deutlich, dass die Prekarität und das Armutsrisiko in den letzten Jahren stark zugenommen haben, vor dem Hintergrund einer massiven Zunahme der Ungleichheiten. Der OGBL fordert die politischen Parteien auf, sich für einen Kurswechsel hin zu einer sozialeren Politik einzusetzen und dabei insbesondere folgende Maßnahmen vorzusehen:

- eine strukturelle Erhöhung der Beträge für das Einkommen zur sozialen Eingliederung (REVIS) und das Einkommen für Schwerbehinderte, die es den begünstigten Personen ermöglicht, über einen Betrag zu verfügen, der mindestens dem Referenzbudget entspricht, das vom Statec für die verschiedenen Haushaltskategorien festgelegt wurde;
- eine Ausweitung der Zahl der Empfänger der Teuerungszulage und die automatische Anpassung der verschiedenen Beträge der Zulage an die Inflation sowie ihre regelmäßige Anpassung an die reale Lohnentwicklung, um so eine Verschlechterung angesichts der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und des Lebensstandards zu vermeiden;
- eine Erhöhung der maximalen Bezugsdauer für Vollarbeitslosengeld um 365 Tage angesichts der tendenziell steigenden Langzeitarbeitslosigkeit;
- eine Beschleunigung der Betreuung und Entschädigung von Arbeitslosen und Arbeitssuchenden. Derzeit gibt es einen Mangel an Informationen über die Rechte und Pflichten von Arbeitssuchenden nach ihrer Anmeldung bei der ADEM. Die Fristen für das Auszahlen von Arbeitslosengeld betragen bis zu 2-3 Monate, was zu einer offensichtlichen Prekarität führt;
- der unbefristete Arbeitsvertrag (CDI) muss die Norm bleiben, da er nicht zeitlich befristet ist, und mehr Garantien und Perspektiven für die Arbeitnehmer bietet. In diesem Zusammenhang sollten nur Unternehmen unterstützt werden, die mit unbefristeten Verträgen einstellen.



Finger weg vom Index!

Die automatische Indexierung der Löhne und Pensionen (der Index) stellt für den OGBL eine absolute rote Linie dar. Dieses Instrument, das es ermöglicht, die Kaufkraft der Arbeitnehmer und Rentner bei steigenden Preisen (=Inflation) zu erhalten, ist ein Eckpfeiler der Lohnpolitik im Land und einer der Garanten für den sozialen Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung in Luxemburg.

Der Index darf nicht manipuliert, verschoben, verändert oder gedeckelt werden. Der OGBL

fordert alle politischen Parteien auf, sich in ihren Wahlprogrammen explizit für die Beibehaltung des Indexsystems und gegen jegliche Manipulation desselben einzusetzen.

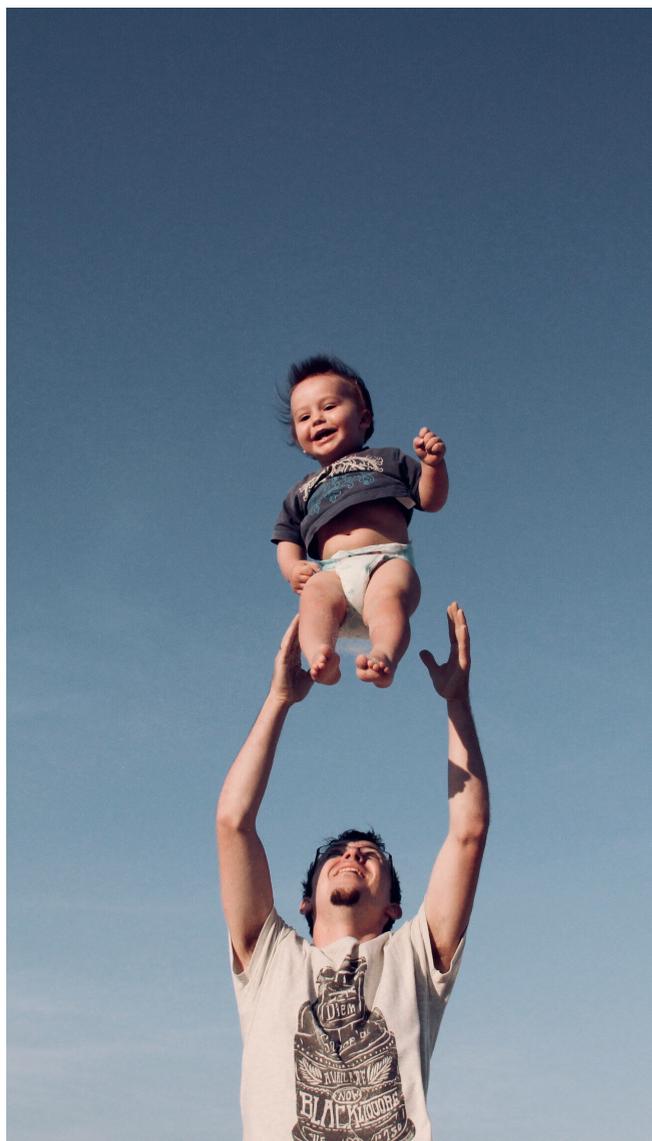
Soziale Sicherheit ist kein Luxus

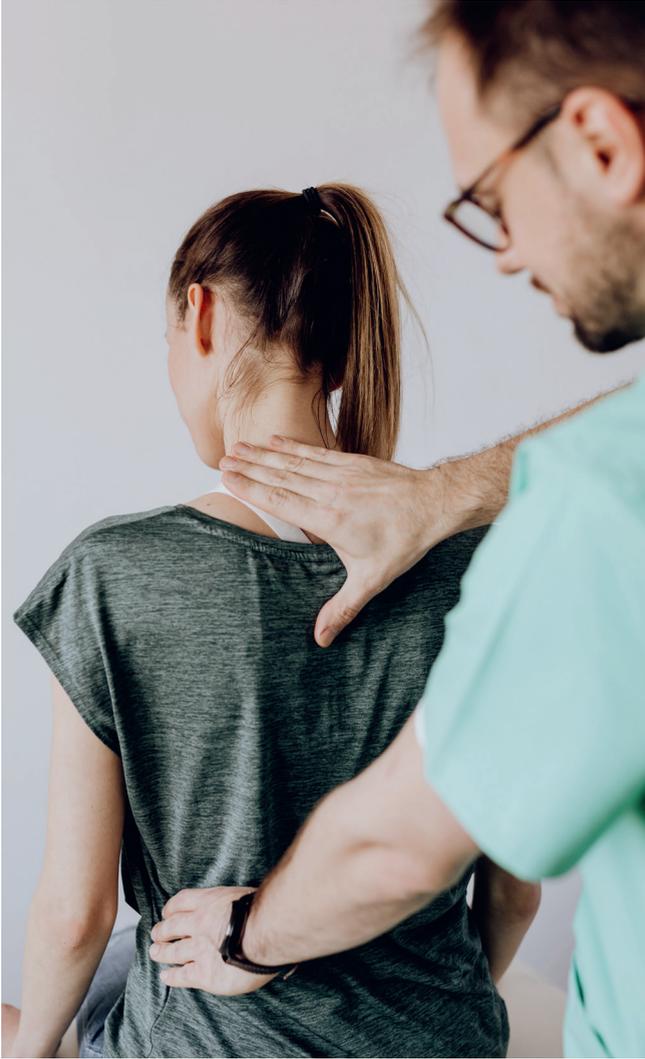
Um starke öffentliche Sozialversicherungssysteme zu gewährleisten, fordert der OGBL von den politischen Parteien ein konkretes Engagement:

- für eine strukturelle Erhöhung der Familienleistungen, die insbesondere ihren Nominalwertverlust infolge einer langen Phase der Deindexierung zwischen 2006 und 2021 ausgleicht, um das Armutsrisiko von Haushalten mit Kindern

zu bekämpfen. Darüber hinaus müssen die Rechtsvorschriften und Verwaltungsentscheidungen mit dem europäischen Recht in Einklang gebracht werden und die Gewährung von Familienleistungen ohne Diskriminierung und administrative Schikanen für Grenzgängerfamilien ermöglichen;

- für die Rücknahme der 2012 eingeführten Rentenberechnungsformel, die bis 2052 zu einer deutlichen Verschlechterung der durchschnittlich gewährten Renten führen wird, sowie für die Rücknahme der derzeitigen Regelungen, die eine mögliche Abschaffung der Jahresendzulage für Rentner und der regelmäßigen Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung vorsehen;
- für eine strukturelle Erhöhung der Mindestrente, um den Lebenshaltungskosten in Luxemburg Rechnung zu tragen, und für den Beibehalt des gesetzlichen Renteneintrittsalter sowie der Ansprüche auf eine vorzeitige Altersrente nach den derzeitigen Bestimmungen;
- für die Einführung einer Vorruhestandsregelung für körperlich schwere Arbeit und eines Anspruchs auf Teilrente, der es ermöglicht, ab dem Alter von 57 Jahren Teilzeitarbeit und Teilrente zu kombinieren;
- für eine sozial- und umweltverträgliche Investitionspolitik des Kompensationsfonds der Pensionskasse, die stärker auf die lokale und großregionale Wirtschaft ausgerichtet ist und auf Investitionen in die Kernenergie und in die Unternehmen mit dem höchsten CO₂-Ausstoß verzichtet;
- für die Beibehaltung der obligatorischen Vertragsbindung für medizinische Leistungen, die Eingliederung von ambulanten Operationen und IRM-Analysen im Krankenhauswesen, sowie die Ausweitung der Übernahme von Sachleistungen durch die nationale Gesundheitskasse;
- für die Anpassung der Tabelle der verschiedenen Berufskrankheiten und insbesondere für die Anerkennung psychosozialer Risiken im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen als Berufskrankheit;
- für eine Harmonisierung der Steuer- und Sozialversicherungsbestimmungen zwischen Luxemburg und seinen Nachbarländern, um zu verhindern, dass Arbeitnehmer, die telearbeiten, Bereitschaftsdienst leisten oder sonstige Arbeitsleistungen ausserhalb Luxemburgs absolvieren, benachteiligt werden.





Der Anteil der über 60-Jährigen an der in Luxemburg lebenden Bevölkerung liegt bei 20%. Dieser Anteil wird in den kommenden Jahren wahrscheinlich noch weiter steigen. Das Ziel einer guten Seniorenpolitik sollte nicht nur die Erhöhung der Lebenserwartung sein, sondern auch, dass die Senioren bei guter physischer und psychischer Gesundheit alt werden können. Dieses Ziel muss bei der Betreuung dieser Bevölkerungsschicht stärker berücksichtigt werden, um inakzeptable und unwürdige Situationen zu vermeiden. Dazu müssen in verschiedenen Bereichen Verbesserungen und Anpassungen vorgenommen werden. Im Folgenden sind die Bereiche aufgeführt, in denen unserer Meinung nach Handlungsbedarf besteht.

Medizinische Versorgung

- Angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums muss die Anzahl der Betten in den Krankenhäusern an den aktuellen und zukünftigen Bedarf angepasst werden. Auch das medizinische Personal muss an den tatsächlichen Bedarf angepasst und ihre soziale Situation verbessert werden.
- Die Öffnungszeiten von Ärztehäusern (maisons médicales) sollten bis zum späten Nachmittag ausgedehnt werden, da Statistiken zeigen, dass die Notaufnahmen bis zum Abend mit

Für eine Gesundheitspolitik, die den Bedürfnissen gerecht wird

einem großen Zustrom von Patienten (die nicht für die Notaufnahme bestimmt sind) konfrontiert sind, was zu langen Warteschlangen bis spät in die Nacht führt.

- Die Zahl der Ärztehäuser muss nach oben korrigiert und an die demografische und geografische Entwicklung unseres Landes angepasst werden.

Nationale Gesundheitskasse

- Die allgemeine Regelung bezüglich des Drittzahlers (direkte Sofortzahlung) muss endlich eingeführt werden, um die Patienten finanziell zu entlasten.
- Unser solidarisches Krankenversicherungssystem muss erhalten bleiben und eine Privatisierung muss verhindert werden.
- Deshalb muss die medizinische Versorgung in Luxemburg mit den neuen medizinischen Erkenntnissen und der technologischen Entwicklung Schritt halten. Auch neue Behandlungsmethoden müssen von der nationalen Gesundheitskasse erstattet werden. Eine Verschlechterung der Erstattungen aus Kostengründen muss verhindert werden.

Pflegeversicherung

- Die Leistungen der Pflegeversicherung sollten so ausgebaut werden, dass sie auch für kurze, dringende und zeitlich begrenzte Behandlungen zu Hause aufkommen können, um ältere Menschen zu behandeln, die nicht ins Krankenhaus eingewiesen werden können.

Empfangsstrukturen

- Die Kapazitäten der Empfangsstrukturen für ältere und pflegebedürftige Menschen müssen an den aktuellen und zukünftigen Bedarf angepasst werden. Dies gilt insbesondere in Bezug auf das Betreuungspersonal. Der Pflegeberuf, sowohl in festen Strukturen als auch in der ambulanten Pflege, muss aus sozialer und gesellschaftlicher Sicht aufgewertet werden, um die notwendigen Neueinstellungen zu ermöglichen. Der Preisanstieg in den Pflegeeinrichtungen muss bekämpft werden.

Wohnungswesen: der Notstand besteht weiter



Der Wohnungsnotstand besteht weiterhin und verschlimmert sich sogar noch. Während der Zugang zu Wohneigentum für Familien immer schwieriger wird, steigen die Mieten für Wohnraum in schwindelerregende Höhen. Die aufeinanderfolgenden Regierungen haben es versäumt, Lösungen für die Wohnungskrise auf den Weg zu bringen. Der OGBL fordert die politischen Parteien auf, sich einzusetzen für:

- einen realen Mietpreisdecken, indem die Schwelle von 5% des investierten Kapitals, die keineswegs starke Anstiege der Mieten verhindert und nicht mehr der Realität entspricht, durch ein neues System ersetzt wird, das insbesondere die Lebenshaltungskosten berücksichtigt;
- eine echte Bekämpfung der Bodenspekulation, indem im Rahmen der Reform der Grundsteuer und der Steuern auf leer stehende Häuser und auf die Zurückbehaltung von Grundstücken eine Progressivität nach Anzahl der Eigentumseinheiten progressiv vorgesehen wird. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass diese Maßnahmen schnell greifen und nicht erst in 10 bis 15 Jahren;

- die Schaffung von 30.000 erschwinglichen Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen;
- die Beendigung von Steuervorteilen, die nur die Spekulation anheizen und vor allem Großgrundbesitzern zugutekommen;
- die Ersetzung der kommunalen Mietkommissionen durch paritätisch besetzte und professionalisierte regionale Kommissionen;
- die Regulierung der Maklergebühren, indem diese Kosten von der Preisentwicklung abgekoppelt und vollständig von den Vermietern getragen werden;
- die Einführung einer sozialen Staffelung der Klimaförderung für Eigentümer und einer staatlichen Vorfinanzierung, damit auch weniger wohlhabende Personen energieeffiziente Sanierungen durchführen können („Klimadrittzahler“);
- die Einführung eines Klimawohngelds für Mieter, um die Auswirkungen der Kosten für energetische Sanierungen auf die Mieten zu neutralisieren.

Bildung: ein Kurswechsel ist nötig

Ungleichheiten in unserer Gesellschaft wirken sich auch auf die Bildung unserer Kinder aus. Anstatt Chancengleichheit von der frühen Kindheit an zu bieten, bestätigt das aktuelle Bildungssystem die bestehenden Ungleichheiten und tendiert sogar dazu, sie zu verstärken. Um einen echten Kurswechsel in der Bildungspolitik herbeizuführen, fordert der OGBL die politischen Parteien auf:

- die öffentliche und kostenlose Schule zu verteidigen, die Kinder aufnimmt, ohne sie nach ihrem sozialen Status, ihrer kulturellen Herkunft oder dem Glauben und den Überzeugungen ihrer Eltern zu trennen;
- dem Trend entgegenzuwirken, dass Schulen immer stärker miteinander konkurrieren und Parallelsysteme entstehen;

- den Lehrerberuf wieder attraktiver zu machen, indem die Zunahme von Verwaltungsaufgaben auf Kosten der für die Kinder verfügbaren Zeit begrenzt wird; sich dem Ausverkauf von Karrieren im Bildungswesen und im pädagogischen und psychosozialen Bereich zu widersetzen; die prekäre Situation der Lehrbeauftragten im Bildungswesen zu beenden; die Berufsausbildung aufzuwerten und zu reformieren, indem ein „Tronc commun“ auf Ebene der 4^e ESG vorgesehen wird und mehr Übergänge zwischen den verschiedenen Stufen ermöglicht werden;
- sich für die Einführung der Möglichkeit einer Lehre im Betrieb auf der Ebene des BTS einzusetzen.



Damit die Gleichheit zwischen Frau und Mann eine Realität wird

Damit die Gleichheit zwischen Männern und Frauen sich nicht auf eine bloße Absichtserklärung reduziert, damit die Gleichheit eine gelebte Realität in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt wird, fordert der OGBL, dass sich die politischen Parteien konkret engagieren:

- für die Einführung einer echten Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen. Das geltende Gesetz verbietet Lohndiskriminierung, läuft aber Gefahr, auf der Strecke zu bleiben. Wir brauchen echte Beschwerde- und Kontrollmöglichkeiten und eine größere Verpflichtung der Unternehmen zur Transparenz. Außerdem müssen bei der Berechnung des Lohnunterschieds alle Parameter berücksichtigt werden, einschließlich Beschäftigungsgrad, Teilzeitarbeit, sektorale Unterschiede usw.;
- für die Bekämpfung von Geschlechterstereotypen in der Bildung und bei der Berufsberatung. Lohnunterschiede beginnen in der Tat oft schon bei der Wahl der Ausbildung und des Berufs;
- für gleiche Chancen beim beruflichen Aufstieg von Männern und Frauen. Teilzeitarbeit und/oder Unterbrechungen der beruflichen Laufbahn dürfen keine Bremsen oder Hindernisse für die berufliche Entwicklung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern darstellen oder zu solchen werden;
- für die Stärkung der Befugnisse des Gleichstellungsdelegierten und die Einführung von Schulungen zur Geschlechtergleichstellung in den Unternehmen;
- gegen alle Formen von Belästigung und Sexismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft. Die jährliche Erhebung von Zahlen und Statistiken, Präventions- und Sensibilisierungsmaßnahmen sowie psychologische



und andere Unterstützungsmöglichkeiten sind immer noch unzureichend;

- für eine Verbesserung des Urlaubs für den zweiten Elternteil bei der Geburt oder Adoption eines Kindes.



Für leistungsfähige öffentliche Dienstleistungen

Pandemie hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig leistungsfähige öffentliche Dienste für die Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenhalts und das Funktionieren unserer Gesellschaft sind. Im Hinblick auf starke öffentliche Dienste fordert der OGBL von den politischen Parteien:

- sich der Politik der Privatisierung, Liberalisierung und Auslagerung öffentlicher Dienstleistungen zu widersetzen. Diese seit über 40 Jahren verfolgte Politik ging stets mit einer Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen der betroffenen Mitarbeiter einher und trug zu einer Verschlechterung der Qualität der angebotenen Leistungen bei;
- das derzeitige Modell der Verhandlungen über das Lohnabkommen für den öffentlichen Dienst mit der einzigen Mehrheitsgewerkschaft der Staatsbeamten durch umfassende Verhandlungen für den gesamten öffentlichen Sektor zu ersetzen, die die Mehrheitsgewerkschaft in den meisten Bereichen einbeziehen, die direkt oder indirekt von diesen Verhandlungen abhängig sind, darunter die CFL, die kommunalen öffentlichen Dienste, die Arbeitnehmer beim Staat, der Gesundheits- und Pflegesektor;
- die Verbindung zur Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst für die Arbeitnehmer im Bereich Hochschule und Forschung, bei der Post und bei der Tram wiederherzustellen; ;
- den bestehenden Ungerechtigkeiten bei den staatlichen Laufbahnen ein Ende zu setzen und die Gleichbehandlung bei gleichwertigen Abschlüssen/Qualifikationen zu gewährleisten;
- die unteren Laufbahnen im öffentlichen Dienst aufzuwerten. Ein erster Schritt wäre die endgültige Beibehaltung der 5%igen Erhöhung auf die ersten 100 Punkte, die derzeit auf das Jahr 2023 begrenzt ist, was zu Gehaltseinbußen bis in die Laufbahn B1 am 1. Januar 2024 führen wird;
- eine demokratische Personalvertretung auch für die Staatsbeamten und -angestellte einzuführen;
- den Zugang zum öffentlichen Transport, zu Verwaltungen und anderen Institutionen für behinderte und ältere Menschen barrierefrei zugestalten. Viele ältere Menschen haben Schwierigkeiten mit der digitalen Umstellung in vielen Bereichen.;
- weitere Schließungen von Post- und Bankfilialen zu verhindern. Nach Bedarf sollten neue Filialen eröffnet werden. Die Kosten für gängige Bankoperationen sollten abgeschafft oder gesenkt werden.



Für eine Stärkung der Gewerkschaftsrechte und des Sozialdialogs

Der Sozialdialog auf nationaler Ebene, wie auch auf sektoraler und betrieblicher Ebene, ist ein wesentlicher Hebel für gewerkschaftliches Handeln. Das „Luxemburger Modell“ des Sozialdialogs, sein Tripartite-Charakter, der auf einer ausgewogenen Vertretung zwischen den Vertretern des Staates, der Arbeitgeber und der national repräsentativen Gewerkschaften beruht, hat es oft ermöglicht, Lösungen im Interesse der Bevölkerung zu finden, und war der Garant für den sozialen Frieden in Luxemburg. Dieses Gleichgewicht muss aufrechterhalten werden, um zu verhindern, dass die legitimen Forderungen der Arbeitnehmer und Rentner, von denen die Mehrheit bei den Parlamentswahlen in Luxemburg nicht wahlberechtigt ist, ins Abseits gedrängt werden.

Der OGBL fordert, dass sich die politischen Parteien klar aussprechen für:

- die Beibehaltung der derzeitigen Zusammensetzung der Tripartite-Gremien, basierend auf den Kriterien der nationalen Repräsentativität auf der Grundlage der Wahlen für die Berufskammern;
- die gleichberechtigte Einbeziehung der Gewerkschaften in Gremien, in denen sie nicht vertreten oder unterrepräsentiert sind, wie in den verschiedenen sektoralen Hohen Ausschüssen, dem Hohen Rat für Geschlechtergleichstellung oder auch noch der Klimaaktionsplattform;
- die Ausweitung der Mitbestimmung in den Unternehmen, indem die Möglichkeiten der Personaldelegationen und der national repräsentativen Gewerkschaften verbessert werden;
- die Verteidigung des Grundrechts von Personalvertretern und Gewerkschaftern auf freie Meinungsäußerung im Rahmen ihrer Gewerkschaftsarbeit, ohne Auswirkungen auf ihren Arbeitsplatz oder ihre Karriere befürchten zu müssen;
- die Verteidigung der grundlegenden Gewerkschaftsrechte, des Rechts, sich zu organisieren, sich zu versammeln, zu demonstrieren, kollektive Aktionen durchzuführen und zu streiken, als grundlegende demokratische Rechte.





Alle politischen Parteien
sind herzlich eingeladen,
diesen Forderungskatalog zu
übernehmen, und zwar ohne
sich zurückzuhalten. Plagiate
sind ausnahmsweise sogar
ausdrücklich erwünscht.

